

Klaus-Peter Hufer

Wir greifen ein, wenn Nazis das Wort ergreifen wollen

Wie argumentieren Rechtsextreme und wie kann man ihnen kontern?

Wer mit rechten Sprüchen und Parolen konfrontiert wird, der wird damit oft überrascht und überrumpelt. Solche Äußerungen kommen meistens unerwartet und überfallartig aus der Mitte des Alltags heraus. Plötzlich sind sie da. Dann stellt sich ein Gefühl der Ohnmacht und Lähmung ein, angemessene Reaktionen fallen oft erst später, meistens zu spät ein.

Das hängt damit zusammen, dass rechte Sprüche rigoros zugespitzt sind, eine aggressive Botschaft haben, selbstgerecht daher kommen und in ihrer ultimativen Aussage keinen Widerspruch dulden. Und vor allem sind sie so verallgemeinernd, pauschal verurteilend und emotional, dass es nicht möglich erscheint, rational und differenziert darauf zu antworten. Doch kann man das, soll man das überhaupt?

Fast immer geht es gegen Minderheiten

Rechte Gesinnung – und hier meine ich rechtsextremistische und rechtspopulistische gleichermaßen – ist oft nicht sofort als solche zu erkennen und zu entschlüsseln. Doch wenn man den im Kern ja immer menschenverachtenden, demokratiefeindlichen Parolen entgegentreten und ihnen kontern will, dann sollte man sich zunächst über die Merkmale rechtsextremer und –populistischer Ideologie Klarheit verschaffen. Diese ist rassistisch, antisemitisch, nationalistisch, antidemokratisch, antiliberal und sexistisch. Sie verklärt oder relativiert den Nationalsozialismus und ist auch stets mit der Bereitschaft verbunden, die eigene Gesinnung gegebenenfalls mit Gewalt durchzusetzen.

Inhaltlich kreist rechtes Gedankengut vielfach um Ausländerpolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik, Rechtspolitik, Innenpolitik. Das zentrale Thema ist immer wieder das der sogenannten Ausländer. Eine der verbreitetsten rechten Parolen ist „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“ Mit dieser Behauptung werden gleich mehrere Botschaften verkündet: 1. Wir haben zu viele Ausländer hier. 2. Auch du hast Grund, Angst um deinen Arbeitsplatz haben. 3. Schuld sind daran die Ausländer, 4. Wenn wir sie rauswerfen oder ausweisen, sind unsere Probleme gelöst. 5. Dazu ist aber dieses politische System nicht in der Lage. 6. Wir brauchen wieder einen starken Mann.

Damit sind sowohl im Klar- als auch im Subtext dieser Parole nahezu alle Merkmale rechtsextremer Ideologie versammelt.

Offensive Gegenstrategien

Eine Strategie der Gegenargumentation bestünde zunächst einmal darin, das Gewirr der Begründungen und Belege zu entknoten, Ungereimtheiten und Widersprüche aufzuzeigen, die eigentliche Absicht aufzudecken und damit die politischen Folgen offen zu legen. Das sollte mit Gegenfragen geschehen, um gar nicht erst in einer Verteidigungsrolle zu geraten – wichtig ist, die Initiative zu ergreifen. Also: Woran misst Du die Zahl „der“ Ausländer? Wen meinst Du überhaupt genau – die polnische Altenpflegerin, den japanischen Manager, den niederländischen Krankengymnast, den türkischen Inhaber einer Dönerbude, den brasilianischen Fußballstar? Begründe doch einmal, wieso diese Menschen dir deinen Arbeitsplatz wegnehmen können? Wie würde unser gesellschaftliches Leben aussehen, wenn sie alle nicht mehr da wären? Wo bekämst Du Deine Pizza her? Wie lange müsstest Du dann auf eine notwendige Facharztbehandlung warten? Was ist mit dem Polizisten italienischer Herkunft? Ist das auch ein Ausländer? Wenn ja, warum? Wie willst Du denn das Problem – wenn es überhaupt eines ist – bewältigen? Sollen wir Transporte organisieren, um Ausländer loszuwerden? Hatten wir das nicht schon einmal?

Vorurteile auflösen

Wichtig ist, selbst aktiv zu werden – und vor allem das pauschalierende „die“ aufzulösen. Hinter den Parolen und Sprüchen stehen immer soziale Vorurteile. Ein Vorurteil ist ein Urteil vor einem Urteil. Ein Vorurteil sucht immer selbstsüchtig und resistent gegen Widerspruch nach Bestätigung. Mit Vernunft kann man es zunächst nicht entkräften. Eine echte Argumentation im Sinne, dass gleichberechtigte Partner sich Informationen, Thesen und Überlegungen mitteilen, die sie dann gemeinsam prüfen und unter Umständen relativieren oder neu überlegen, ist ein solches, mit Vorurteilen beladenes Gespräch – wenn es diese Bezeichnung überhaupt verdient – nicht. Ultrarechte Ideologien sind so dogmatisch, dass sie kein Wenn und Aber vertragen, sondern nur Zustimmung herstellen oder Provokationen mitteilen möchten.

Dennoch ist es wichtig, den Parolen entgegenzutreten, und zwar aus mehreren Gründen. Denn erstens leistet man sich selbst den besten Dienst. Zweitens macht man deutlich, dass man die Plätze, Versammlungen, Tischgesellschaften, Ladentheken und Gartenzäune nicht ohne weiteres Rechtsextremisten und –populisten überlässt. Drittens schützt man diejenigen, die am Ende physische Opfer der verbalen Attacken werden könnten (denn vom

starken Spruch zur brutalen Tat ist es manchmal nur ein kleiner Schritt). Viertens sind die eigentlichen Adressaten nicht die hartgesottenen Parolenschwinger und Sprücheklopfer, sondern die unentschieden und passiv wirkenden Dabeisitzer. Und fünftens muss Demokratie immer wieder aufs Neue verteidigt werden.

Nicht immer muss man mit Nazis reden

Übrigens kann man auch mit Ironie die Platttheit der Parolen entlarven. Dem Spruch „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ kann man beispielsweise entgegensetzen „Ich wusste gar nicht, dass Du früher eine Dönerbude hattest.“

Manchmal allerdings sollte man die verbale Auseinandersetzung nicht führen, um den Parolen und ihren Verkündern nicht noch ein Forum und ein Gefühl von sozialer Anerkennung zu bieten. Wenn jemand beispielsweise allen Ernstes behauptet, Auschwitz sei eine Lüge und die Vernichtung der Juden hätte es nicht gegeben, das ließe sich wissenschaftlich beweisen, dann darf es keinen ernsthaften Versuch der Widerlegung geben. Das ist eine steinharte rechtsextreme Position, die in ihrer ganzen Menschenverachtung nicht durch ein Gespräch salonfähig werden darf. Das Beste ist, man geht mit deutlichem Protest weg. Vorher sollte allerdings mitgeteilt werden, dass sich in der Bundesrepublik strafbar macht, wer den Holocaust leugnet.

Gegenargumente

Auch wenn es so scheint, als sei mit Informationen und Argumenten den Parolenverkündern nicht beizukommen, sollte doch die Wirkung einer unmissverständlichen Reaktion und eines klaren Widerspruchs nicht unterschätzt werden – nicht zuletzt weil es ja auch immer Dabeisitzer, Unentschiedene und Zuhörer gibt. Der Eindruck, der bei ihnen entsteht, ist wichtig. Aber auch die hart gesottenen Phrasendrescher werden vielleicht doch – unter Umständen erst zu Hause im stillen Kämmerlein - sich beeindruckt zeigen von der Standhaftigkeit und Meinungssicherheit ihres Widerparts.

Um so auftreten zu können, hilft das Gefühl, gute Argumente und gesicherte Informationen zu haben. Die kann man aber in der täglich neu hereinströmenden Flut an Fakten, Daten, Ansichten und Hinweisen oft nicht überschauen und keineswegs permanent aktualisieren.

Aber um zu zeigen, dass es gegen die Parolen eindeutige Fakten und Informationen gibt, sollen sie zu zwei der gängigsten rechten Stammtischparolen jetzt vorgestellt werden¹. Das Bewusstsein, dass man solche Daten und Argumente haben kann, verschafft Sicherheit – ohne dass man sie im Einzelnen sich ständig zwanghaft erarbeiten, immer wieder rekapitulieren und aktualisieren muss. Aber die Plattform ist da und damit auch die Souveränität, um kontern zu können.

„Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“

- Zunächst einmal gilt – wie bei allen Auseinandersetzungen mit den Parolen – das verallgemeinernde „die“ in Frage zu stellen: Wer ist gemeint: der US-amerikanische Manager, der einen Konzern „saniert“ und damit als „Ausländer“ tatsächlich Arbeitsplätze wegnimmt? Der mit Millionen dotierte brasilianische oder nigerianische Fußballstar in einem Bundesligaverein? Oder der polnische Arbeiter im Schlachthof, der dort arbeitet, wo kein Deutscher mehr hin will? Oder ist es der türkische Imbissinhaber, der noch zwei Angestellte hat?
- Im letzten Fall kann darauf hingewiesen werden, dass es derzeit 286.000 ausländische Selbstständige in Deutschland gibt², davon 130.000 mit weiteren Beschäftigten in ihrem Betrieb.³
- Die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung ist höher als bei den Deutschen (2004: 20,1% bzw. 11,7%⁴): Welche Arbeitsplätze haben sie weggenommen?
- In den Regionen Deutschlands, in denen die wenigsten Ausländer leben, ist auch die Arbeitslosenquote am höchsten (z.B. in den neuen Bundesländern). Umgekehrt leben in den Bundesländern mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit die meisten Ausländer (Baden-Württemberg, Bayern).
- Viele der offenen Stellen werden nicht von Deutschen angenommen. Die Müllentsorgung würde ebenso zum Erliegen kommen wie der Pflegebereich, wenn hier keine eingewanderten Arbeitskräfte beschäftigt wären. Viele Restaurants und Hotels müssten ohne ihre 176.000 ausländischen Mitarbeiter/innen dicht machen⁵

¹ Die folgenden Gegenargumente sind entnommen aus Klaus-Peter Hufer: Argumente am Stammtisch – Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, Schwalbach/Ts. 2006, 4. Aufl. 2008, auch erschienen als Band 545 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, 2. Aufl., Bonn 2006

² AID. Integration in Deutschland 2/2005, S. 13. Teilweise sind neuere Daten hinzugefügt worden.

³ Klaus J. Bade/Jochem Oltmer: Normalfall Migration, Bonn 2004, S. 102

⁴ Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug, in: AID. Integration in Deutschland 3/2004, a.a.O.

⁵ Ausländerfeindlichkeit. Argumente gegen rechts, in: iwd. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft 4//2000, S. 8

- Die deutsche Wirtschaft ist nicht nur auf ausländische Arbeitskräfte, sondern auch auf Konsumenten aus der ausländischen Bevölkerung angewiesen.
- Ein namhaftes Institut der deutschen Wirtschaft kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Die Zuwanderungen waren bisher „in ökonomischer und gerade auch in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht im Saldo positiv zu bewerten und (stellten) fiskalisch einen erheblichen Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft dar“⁶.
- Es fehlen in Deutschland Fachkräfte, z.B. für Informatik. Insgesamt wird der künftige Bedarf an qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland auf bis zu 500.000 pro Jahr geschätzt.⁷ Das heißt, dass auch in Zukunft eine Zuwanderung notwendig ist, soll die deutsche Wirtschaft international konkurrenzfähig bleiben.
- Auch die Organisation für Zusammenarbeit und wirtschaftliche Entwicklung (OECD) weist warnend darauf hin, dass es in Deutschland im Vergleich mit anderen Industrieländern zu wenige Einwanderer gibt. Der demografische Wandel führe in vielen Sektoren zu einem Bedarf an Arbeitskräften. In Deutschland seien künftig Lücken zu erwarten, beispielsweise in der Altenbetreuung.⁸
- Die deutsche Gesellschaft wird immer älter. Die ausländischen Familien haben mehr Kinder als die deutschen, somit sind sie für das Sozialsystem und die Rentenversorgung unverzichtbar.
- Gegen die Behauptung „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ kann auch noch ein weiterer Aspekt eingebracht werden. Mit Fragen kann auf die Ursachen gezielt werden, warum denn in den letzten Jahren so viele Arbeitsplätze weggefallen oder abgebaut worden sind: Welche Ausländer sind es denn, die den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen? Die Näherinnen in Rumänien, die „für 150 – 200 Euro brutto im Monat schneiden“⁹? Die Opelarbeiter in Belgien, England, Polen, Portugal, Schweden oder Spanien, die weniger Lohn bekommen als ihre Kollegen in Bochum, Karlsruhe oder Rüsselsheim, was dazu führte, dass 9.000 Arbeitsplätze hier abgebaut und nach dort verlagert worden sind? Die jungen Frauen in China, die unter extremen Arbeitsbedingungen und bis zu 16 Stunden am Tag Billig-Spielzeug für Großkonzerne der Spielzeugvermarktung herstellen?¹⁰ Und wer entscheidet darüber, dass die Konzerne dort produzieren? Es ist sicherlich nicht der italienische Pizza-Bäcker nebenan.

⁶ Ullrich Heilemann/Hans Dietrich von Loeffelholz: Ökonomische und fiskalische Implikationen der Zuwanderung nach Deutschland, hrsg. vom Rheinisch-Westfälischen Institut der deutschen Wirtschaft, RWI-Papiere, Nr. 52, Essen 1998, 17

⁷ Wolfgang Benz: Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile, in: Informationen zur politischen Bildung, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung Nr. 271/2001, Supplement, S. 11

⁸ Zu wenig Einwanderer. OECD warnt Berlin vor Arbeitskräftemangel, in: Frankfurter Rundschau, 11.9.2008, S. 8

⁹ Christian Tenbrock: Zwischen Western und Walachei, in: Die Zeit 32/2005, S. 19

¹⁰ Siehe Siegfried Pater: Spielverderber. Das Geschäft mit dem Kinderspielzeug, Bonn 2002

- In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage an den Parolenverkünder, inwieweit er selbst am Abbau der Arbeitsplätze beteiligt ist, z.B. durch seine Schnäppcheneinkäufe bei Tchibo, Aldi und Lidl oder durch den Erwerb von Plastikspielsachen bei McDonald's.

„Ausländer sind kriminell“

Auch diese Behauptung wird immer wieder aufgestellt. Dabei wird sich gerne auf die polizeiliche Kriminalitätsstatistik bezogen: „2004 besaßen laut Statistik 22,9 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Ausländeranteil der Wohnbevölkerung liegt nur bei neun Prozent. Sind Ausländer also deutlich krimineller als Deutsche?“¹¹ Diese Frage kann aus mehreren Gründen verneint werden¹².

- Ausländer werden eher und häufiger verdächtigt als Deutsche, und sie stehen häufiger unter falschem Tatverdacht.
- Gegen einen großen Teil – ca. 30%¹³ - der nichtdeutschen Tatverdächtigen wurde wegen eines Vorstoßes gegen das Ausländergesetz oder Asylverfahrensgesetz ermittelt. Diese Delikte können von Deutschen nicht begangen werden.
- Es ist nicht gerechtfertigt, in der Kriminalstatistik alle Ausländer in einen Topf zu werfen. Asylbewerber leben unter völlig anderen Bedingungen als ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien.
- Der ausländischen Wohnbevölkerung werden Straftaten zugerechnet, die von Durchreisenden, gesetzeswidrig sich in der Bundesrepublik Aufhaltenden, Soldaten anderer Streitkräfte etc. begangen werden. „Ein Viertel bis ein Drittel der Ausländer, die in der Kriminalitätsstatistik erscheinen, sind ... Touristen, Illegale und alle, die ausschließlich zum Zweck ungesetzlicher Taten (Diebstahl, Raub, Drogenhandel, Prostitution und Zuhälterei, Schmuggel) ins Land einreisen.“¹⁴ Zusammen mit Asylsuchenden, Geduldeten, de-facto-Flüchtlings etc. „verfügen etwa 70% aller ausländischen Tatverdächtigen über keinen oder nur einen unsicheren Aufenthaltsstatus“¹⁵.
- Integrierte Ausländer in Deutschland kommen nicht öfter mit dem Gesetz in Konflikt als Deutsche. Eine differenzierte Auswertung der Kriminalstatistik hat sogar ergeben:

¹¹ Ausländer in der Statistik, in: Frankfurter Rundschau, 11.6.2005, S. 2

¹² siehe Rainer Geißler: Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 35/1995, S. 30 - 39

¹³ Lanig/Schweizer, a.a.O., S. 113

¹⁴ Benz, a.a.O., S. 3

¹⁵ Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005, S. 281

„Ausländer, die ständig in Deutschland leben, sind ... gesetzestreuer als Deutsche in gleicher sozialer Position.“¹⁶

- „Unter Ausländern sind solche Bevölkerungsgruppen überrepräsentiert, die generell (auch unter Deutschen) häufiger Straftaten begehen (männlich, unter 30 Jahren, Großstadtbewohner),¹⁷ Ein angemessener Vergleich müsste die gleichen deutschen und nichtdeutschen Sozialgruppen aufeinander beziehen.
- Auch die Problemgruppe „ausländische Jugendliche“ ist in einer eindeutigen Mehrheit von 94,5% strafrechtlich nicht auffällig.¹⁸ Dennoch kann nicht verschwiegen werden, dass „die Anzahl der jugendlichen nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Gewaltdelikten zu(nimmt). ... Diese Entwicklung, die vor allem nichtdeutsche junge Männer betrifft, verweist auf soziale Probleme in Teilen der zweiten und dritten Generation.“¹⁹ Eine neuere Polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet einen Rückgang der Straftaten von ausländischen Jugendlichen in der Altersgruppe von 14 bis 21 Jahren.²⁰ Ihr Anteil ging von 24,9% im Jahr 1997 auf 17,5% im Jahr 2006 zurück.
- Bei diesem Thema stellt sich die Frage nach den Ursachen der „Ausländerkriminalität“. Und diese richtet sich auch an die Adresse der Mehrheitsgesellschaft der Deutschen und an ihre Integrationsbereitschaft und -fähigkeit.

2008

Klaus-Peter Hufer, Dr., promovierter Politik- und habilitierter Erziehungswissenschaftler, arbeitet hauptberuflich in der VHS des Kreises Viersen/NRW und ist Privatdozent an der Universität Duisburg-Essen. Veröffentlichungen u.a.: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach/Ts. 2000, 8. Aufl. 2008, Argumente am Stammtisch – Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, Schwalbach/Ts. 2006, 4. Aufl. 2008,

¹⁶ Benz, a.a.O., S. 3

¹⁷ Bericht der Beauftragten, a.a.O., S. 280

¹⁸ Jugendkriminalität in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Landeskriminalamt NRW, 8. überarbeitete Auflage, Düsseldorf und Köln 1999, S. 11

¹⁹ Bericht der Beauftragten, a.a.O., S. 285

²⁰ Die Statistik hilft der Union nicht. Anteil der jungen Ausländer an den Tatverdächtigen hoch, aber stark rückläufig, in: Frankfurter Rundschau, 6.1.1007, S. 6